# Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.




Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 13. Mittwoch, den 16. Januar 1850.

**Berlin**, vom 13. Januar.

Se. Majestät der König haben heute Mittag im Schlosse zu Charlottenburg den bisherigen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, Senator Hannegan, in einer Privat-Audienz zu empfangen geruht und aus den Händen desselben das Schreiben des Präsidenten der Vereinigten Staaten entgegengenommen, wodurch er von dem Gesandtschafsposten am hiesigen Hofe abberufen worden ist.

Unmittelbar darauf geruhten Allerhöchstdieselben dem zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der französischen Republik am hiesigen Hofe ernannten Herrn de Persigny, behufs der Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens, eine Privat-Audienz zu ertheilen.

## Deutschland.

**Berlin**, 15. Januar. Die heutige (84ste) Sitzung der zweiten Kammer wurde um 12½ Uhr eröffnet. Der Herr Finanzminister legt einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Besteuerung des inländischen Rübenzuckers vor. Der Herr Kriegsminister übergiebt einen Gesetz-Entwurf, von der Unterstützung hülfsbedürftiger Familien von Reserve- und Landwehrmännern bei außergewöhnlicher Einberufung handelnd. Beide Entwürfe werden an die betreffenden Commissionen verwiesen.

Die Kammer geht hierauf zur Tages-Ordnung der weiteren Berathung über den zweiten Theil des Budget-Berichts, zu den direkten Steuern, über. Es wird ein Antrag eingebracht: Die Kammer wolle für erforderlich erklären, daß die Aufhebung der noch bestehenden Grundsteuerbefreiungen in nächster Zeit vollzogen werde. Im Laufe der Debatte erklärt Abg. Lensing, als Vorsitzender der Finanzkommission, daß das Einkommensteuergesetz fertig und seine Vorlegung nur durch die neue Infragestellung des Gesetzes vom 4. April 1848 verzögert sei. Hierauf wird der vorerwähnte Antrag angenommen.

Nach einer weiteren Debatte über die Grundsteuerfrage, in der der Abg. Graf Arnim erklärt, er sei nicht gegen die Ausgleichung der Grundsteuer, er wünsche nur, daß die Zweifel, ob eine Entschädigung zu fordern sei, recht bald zur Sprache kämen; in der ferner der Abg. v. Bismark-Schönhausen seine Ansichten entwickelt, die eine Entgegnung des Abg. von Beckerath hervorrufen, wird der Etat der Grundsteuer für 1849 mit 10,329,541 und für 1850 mit 10,106,493 Thlr. angenommen.

Der Abschnitt über die Klassen- und Ersatzsteuer verursacht ebenfalls eine längere Debatte. Die Commission ist der Ansicht, die Regierung sei nicht befugt gewesen, in einigen Städten die Klassensteuer einzuführen und die Mahlsteuer aufzuheben. Abg. Graf Arnim beantragt, die Regierung aufzufordern, eine gleichmäßige Erhebungsart der Klassensteuer durch die ganze Monarchie einzuführen. Der Finanzminister bemerkt, daß das Prinzip dieses Antrages einer Regierungs-Vorlage an der Spitze stehe. Demohngeachtet wird der Antrag angenommen.

Die Annahme der Gesammtsumme der direkten Steuern wird ausgesetzt.

**Berlin**, 14. Januar. Die Central-Commission der ersten Kammer hat heute in einer Sitzung, welche von 10 Uhr Vormittags bis 4¾ Uhr Abends dauerte, über die Königlichen Propositionen Punkt VII. und VIII. berathen. Es waren zu denselben nachstehende Amendements eingebracht worden:

Zu Proposition VIII. (Pairie). Von dem Herrn Grafen v. Itzenplitz:

Zu a. (Prinzen des Königlichen Hauses) wie beantragt.

Zu b. zu setzen, statt: „ehemals reichsunmittelbare Häupter" — unmittelbare reichsständische Häupter, insofern dieselben auch ihren Wohnsitz in den Preußischen Staaten haben; auf Grund des Art XIV. der Bundesakte."

Zu „und den Häuptern derjenigen Familien" hinzuzufügen: „in den preußischen Staaten wohnhaften und angesessenen."

c., wie die Königliche Proposition.

Zu d.: „aus 90 (statt 60) Mitgliedern, welche in Wahlbezirken, die das Gesetz feststellt, je einer von 30 Grundbesitzern, welche die höchste direkte Steuer (also nicht blos Grundsteuer) bezahlen, durch direkte Wahl, nach Maßgabe des Gesetzes, gewählt werden."

Zu e.: „aus 30, nach Maßgabe des Gesetzes gewählten, Mitgliedern aus den größeren Städten des Landes" (statt von den Magistraten).

Zu f.: „aus 7 Mitgliedern, eines von jeder der sechs Landes-Universitäten und eines von der Akademie in Münster, durch die ordentlichen Professoren erwählt."

„Die Gesammtzahl der unter a. bis c. bezeichneten Mitglieder der ersten Kammer darf die Zahl der von d. bis f. bezeichneten nicht überschreiten."

„Eine Auflösung ꝛc." (wie in der Königl. Proposition).

Zu Proposition VII. Amendement Camphausen:

Zu Art. 100 (früher 99) Zusatz:

„Für Steuern und Abgaben, welche durch besondere Gesetze auf bestimmte oder unbestimmte Dauer angeordnet sind, bilden diese Gesetze unbeschadet der Aufnahme der Steuern in den Staatshaushaltungs-Etats, den Erhebungstitel."

Zu Art. 109 (früher 108) Zusatz:

„Steuern und Abgaben, welche bis zum Schlusse des Jahres 1851 nicht durch neue Gesetze auf bestimmte oder unbestimmte Dauer angeordnet sind, bedürfen vor Ablauf des Jahres 1852 der Erneuerung durch ein besonderes Gesetz."

Zu Art. 64:

Statt „Finanzgesetz-Entwürfe" (welche zuerst an die zweite Kammer zu bringen sind) zu setzen: „Steuergesetz-Entwürfe und Staatshaushaltungs-Etats."

Am Schluß dieses Artikels, Zusatz: „und von der ersten (Kammer) im Ganzen angenommen oder abgelehnt."

Hierzu stellte Herr Graf v. Itzenplitz folgende Unter-Amendements:

Zu Art. 109 (108): statt 1851 und 1852, zu setzen 1853 und 1854.

Zu Art. 64: Schlußsatz „und" bis „abgelehnt" zu streichen.

Amendements des Herrn Abg. Kühne:

Zu Art. 109 (108): Streichung des bekannten ersten Satztheils (Forterhebung der Steuern).

Art. 99 (98): zu belassen, aber folgenden neuen Artikel anzufügen:

„Wenn sich die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für die nächste Etatsperiode über den Anfang derselben verzögern sollte, so bleibt der zuletzt vollzogene Etat bis zu dieser Feststellung, jedoch höchstens 6 Monate in Kraft. Die bis dahin in dem neuen Etatsjahr erhobenen Einnahmen und geleisteten Ausgaben werden auf die Bewilligung des anderen Jahres angerechnet."

Zu Art. 100 (99) hinter „aufgenommen" statt des Restes zu setzen: „oder nach erfolgter Festsetzung derselben durch besondere Gesetze angeordnet sind, oder auf Staats-Verträgen beruhen, erhoben werden."

Die Abstimmungen hatten folgendes Ergebniß:

Zu Proposition VII.

Die Amendements des Abg. Kühne wurden im Ganzen mit 10 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Das Unter-Amendement des Grafen v. Itzenplitz zu dem Camphausenschen Antrage ad 109, mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Die Anträge Camphausen's 100 und 109 mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen.

Der Camphausensche Antrag zu Art. 64 (Prop. VII.) der erste Satz mit 13 gegen 2 Stimmen angenommen.

Der zweite Satz (nach dem Itzenplitzschen Unter-Amendement) mit 12 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der Kühnesche neue Artikel nach Art. 99 mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen.

Zu Proposition VIII. Amendement Itzenplitz.

Die Worte ad a. „Insoweit" bis „auffordert" zu streichen.

ad b. Die Worte „insofern" bis „Bundes-Akte" zu streichen.

ad f. Den siebenten Professor für Münster zu streichen und statt „der Wahl durch ordentliche Professoren" zu setzen: „durch die bei der Rektorats-Wahl concurrirenden Professoren."

Haupt-Abstimmung über den Itzenplitzschen Antrag mit diesen Abänderungen:

Punkt a bis c (Prinzen und erbliche Pairie) mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen.

d und e (gewählte Grundbesitzer und Großstädter) mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen.

f. (Professoren-Pairs) mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Schlußsatz (Gesammtzahl) mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen.

Auflösung (wie in der Königl. Proposition) mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen.

Es folgte nun eine lange und unklare Berathung, ob die Beschlüsse zu VII. und VIII. ein einheitliches Ganze bilden sollen oder nicht. Eine erste Abstimmung, welche dieses mit 10 gegen 5 Stimmen verneinte, wurde später als nicht geschehen, als ein „Mißverständniß" annullirt. Zuletzt aber wurde die Frage: Sollen die Beschlüsse zu Prop. VIII. ohne die zu Proposition VII. angenommen werden? mit 9 gegen 6 Stimmen verneint.

Im Verlaufe der Debatte brachte noch Herr Präsident v. Auerswald vor, daß die Wähler zur ersten Kammer nicht zugleich Wähler zur zweiten sein sollten, und Herr Graf v. Itzenplitz wollte den §. 4 der Gemeinde-Ordnung nach den Beschlüssen der ersten Kammer nach Art. 71 der Verfassungs-Urkunde einverleiben. Beiden Vorschlägen wurde jedoch keine weitere Folge gegeben, so wenig als dem Amendement Mätzke, wonach das Recht der Forterhebung der Steuern und der Octroyirung bei nicht rechtzeitig geschehener Einberufung der Kammern erlöschen sollte.

**Berlin**, 14. Januar. Die Verfassungs-Kommission der Zweiten Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die artikelweise Berathung der Regierungsvorlage, betreffend die Verfassungs-Revision, einstweilen dahin beendigt, daß Art. 7 der Vorlage („Finanzgesetzentwürfe werden zuerst der Zweiten Kammer vorgelegt"), ebenso Art. 14 (wonach Art. 107 der Verfassung dahin umgeändert wird: „Die Mitglieder der beiden Kammern und alle Staatsbeamten leisten dem Könige den Eid der Treue und des Gehorsams, und beschwören die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung. Eine Vereidigung des Heeres auf die Verfassung findet nicht statt") und endlich auch Art. 15. (den Zusatz zu den Uebergangs-Bestimmungen enthaltend: „Bis zum Erlasse des im Art. 73 vorgesehenen Wahlgesetzes bleibt die Verordnung vom 30. Mai 1849, die Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer betreffend, in Kraft") angenommen, dagegen die Artikel 4. (die Lehen und Fideikommisse betreffend) und Art. 8. (über die Bildung der Ersten Kammer) abgelehnt wurden. Mit diesen Beschlüssen hat indessen die Kommission ihre Berathungen noch nicht gänzlich abgeschlossen.

**Berlin**, 15. Januar. Die Besprechungen der Königl. Verfassungspropositionen sind in den letzten Tagen in den verschiedenen Kammer-Fraktionen mit großem Eifer fortgesetzt, das Resultat hat sich jedoch in nichts geändert. In der zweiten Kammer sind die Fraktionen Riedel und Simson-Beckerath (die Partieen von Stadt London und Mielentz) über die Ablehnung der meisten derselben einstimmig, wodurch derselben bereits die Majorität gesichert scheint. Das durchgreifendste Argument ist Folgendes gewesen: Durch die Annahme dieser Pairskammer werde man dem Lande eben so wenig eine friedliche Zukunft verschaffen, als durch die Ablehnung, falls Letztere die Vereitelung des Revisionswerkes nach sich ziehen sollte. Seien aber in dem einen wie in dem andern Fall neue Kämpfe zu erwarten, so müsse die Kammer wenigstens ihre Ehre wahren und diese gebiete Angesichts der bisherigen Abstimmungen die Verwerfung. Die Minister haben am Sonnabend sowohl in der ersten, wie in der zweiten Kammer den Berathungen der Verfassungs-Kommissionen beigewohnt und an beiden Orten wiederholt erklärt, daß sie ihr Verbleiben im Amte an die Annahme der Propositionen knüpften, ohne jedoch ihrer Seits neue Concessionen hinsichtlich der Steuerverweigerung in Aussicht zu stellen. Es hat dies einem namhaften Mitgliede der ersten Kammer Veranlassung gegeben, die Frage aufzunehmen, ob die Regierung vermittelnde, auf die Steuerbewilligung bezügliche Vorschläge Seitens dieses Hauses zurückweisen würde? Die Antwort hat etwa dahin gelautet, daß gewiß alles gewissenhaft geprüft werden würde, jedoch ein abermaliges Zurückkommen auf den Artikel 108 als sehr schwerlich angesehen werden müsse. Hiernach scheint kaum anzunehmen, daß die Regierung an ihren ohnehin gewiß ernsthaft erwogenen Vorlagen irgend etwas ändern wird. Man hoffte gestern (Montag), daß der Centralausschuß der ersten Kammer im Laufe des Tages mit seiner Vorberathung fertig werden würde. Die Verfassungs-Kommission der zweiten Kammer hatte ihre Arbeiten am Sonnabend Abend bis auf den wichtigen Artikel von der Pairskammer beendet, und wollte mit dem Letzteren gestern (Montag) Abend beschließen. Der Berichterstatter derselben ist Simson, der seine Arbeit heute (Dienstag) zu vollenden gedenkt, so daß der gedruckte Bericht vielleicht schon morgen in den Händen der Abgeordneten sein wird. Da derselbe jedoch drei Tage vor der Plenarberathung ausgegeben sein muß, so dürfte die Letztere allerfrühestens am Sonnabend statthaben, vielleicht erst am nächsten Montag. Der Staatsgerichtshof (ad X. der Vorlagen) ist von der Verfassungs-Commission der zweiten Kammer mit 13 gegen 8 Stimmen, die Bestimmung (ad XVI. der Vorlagen), daß die Rechtsgültigkeit gehörig verkündeter Verordnungen nur von den Kammern zur Erörterung gezogen werden könne, mit 12 gegen 8 Stimmen verworfen. Die Vorlagen ad XI. und XII. über die Verfolgung von Beamten wegen Amtsüberschreitungen und über die Veränderung der Eingangsworte zum Art. 104 sind angenommen.

— Der Pr. St.-Anz. bringt eine lange Liste der vom Jahre 1846 bis 1849 nicht erhobenen Prämien der Seehandlungs-Societät: Die Inhaber der bezeichneten Prämien-Scheine werden daher, unter Verweisung auf den weiteren Inhalt des §. 6 der gedachten Bekanntmachung vom 30. Juli 1832, daran erinnert, daß die im Laufe von vier Jahren, vom Tage ihrer Zahlbarkeit an gerechnet, nicht abgehobenen Prämien verwirkt sind und, der Allerhöchsten Bestimmung gemäß, zu milden Zwecken verwendet werden.

**Berlin**, 15. Januar. (Regungen für den Anschluß an den engeren deutschen Bund.) Am lebendigsten, wenigstens nächst Sachsen, treten diese Regungen jetzt in Württemberg hervor. Wenn auch der Antrag des Abgeordneten Kapf, endlich dem Bundesstaate nach der Drei-Königs-Verfassung beizutreten, in der letzten so ultrademokratischen Kammer wenig Erfolg gehabt hat; so hat er dafür um so größeren Anklang im ganzen Lande, namentlich bei dem gebildeten Mittelstande gefunden.

Der „vaterländische Verein" zu Stuttgart, von welchem zahlreiche verbundene gleicher Tendenz ressortiren, hat eine weithin veröffentlichte Ansprache zur Begründung des Kapf'schen Antrages ergehen lassen, in der es u. A. heißt: „Es würde ein völlig unerträglicher Gedanke für den württembergischen Volksstamm sein, sich zu Erfurt nicht vertreten zu sehen. Noch sei es Zeit" rc.

In ganz ähnlichem Sinne hat sich der „vaterländische Verein" zu Tübingen erklärt.

Ferner: theilt man doch gegenwärtig selbst in München (freilich nur höchst ungern, aber nothgedrungen) die Ueberzeugung, welche in Württemberg allgemein herrscht: „daß letzteres nunmehr alle Widerstandskräfte gegen den deutschen Bundesstaat erschöpft habe; und daß man sich endlich der besseren Einsicht ergebe, nach welcher es die Grundlage für den Fortbestand seiner staatlichen Existenz nur bei Preußen suchen und finden kann." Von diesen beiden politischen Grund- und Lehrsätzen spricht also der zweite genau dasselbe aus, was bereits etwas früher die bekannten 22 Mitglieder der badenschen Kammer-Majorität (Bassermann, Bissing, Blankenhorn, Häußer, Mathy, Soiron, Welcker, Zittel u. A.) von Baden gesagt haben.

Dem gesammten württemberger Mittelstande, im Gegensatze zu einem Theile österreichisch-gesinnten Adels, wäre Nichts widerwärtiger, als jeder Gedanke an das Gegentheil: an den Anschluß an Oesterreich. Daher meinte kürzlich der Schwäbische Merkur: Wenn man bisher Oesterreich und Deutschland gern mit den bekannten siamesischen Zwillingen verglichen habe, deren Keiner sich ohne Willen des andern vorwärts bewegen könne; so müsse man eben das Band, welches sie an einander fesselt, jetzt durchschneiden, damit sie beide frei und freundschaftlich Hand in Hand gehen könnten. In diesem Sinne überhaupt mahnt und wirkt vorzugsweise eben der Schwäbische Merkur nachdrücklich fort. Und bei seiner äußerst zahlreichen Verbreitung ist derselbe in Württemberg anerkannt eine „publicistische Macht": um so mehr, nachdem auch mehrere andere dortige Blätter, namentlich die Württembergische Zeitung, das Organ Römers, und dieser nebst seiner ansehnlichen Partei nicht blos in gleichem Sinne sprechen, sondern auch — handeln.

Zudem hat die gegenwärtige Regierung in Württemberg, mit Bezug auf den Fall einer solchen Nothwendigkeit des Beitritts, neuerlichst ungleich vorsichtiger und staatsmännischer gehandelt, als die von Baiern, Hannover und vollends Sachsen. Sie hat sich weit minder schroff dem Bündnisse gegenübergestellt und sich dadurch ihren Weg freier gehalten: indem sie zwar vor dem Zusammenberufen des Erfurter Reichstags „freundlichst" gewarnt, aber nur um Nichtberufung für jetzt „ersucht", keineswegs jedoch, wie jene drei dagegen protestirt hat. (P.-C.)

— In der Kommission der 2ten Kammer hat namentlich Hr. v. d. Heydt sehr entschieden für die ministerielle Vorlage gesprochen und an den Patriotismus der Kammer appellirt.

— Die in Preußen jetzt bestehenden circa 400 konservativ-konstitutionellen Vereine, von denen etwa 100 in hiesiger Hauptstadt existiren, haben sich bereits gegen eine unbedingte en bloc Annahme der Reichs-Verfassung vom 28. Mai 1849 erklärt.

— Bei hiesigen Großböttchern sind bedeutende Bestellungen auf Geldfässer gemacht worden. Ob dieselben zum Versenden, oder blos zum Verpacken von Silbergeld dienen sollen, verlautet nicht. Es circuliren darüber im Publikum verschiedene Angaben, die jedoch das Gebiet der Vermuthungen nicht zu überschreiten scheinen.

— Die Tage des 17ten, 18ten und 19ten d. M., an welchen der große Kongreß des Treu-Bundes für König und Vaterland hierselbst abgehalten werden wird, wozu bereits zahlreiche Anmeldungen nicht allein aus dem preußischen Staate, sondern auch aus den Nachbarstaaten eingegangen sind, lassen schon im Voraus ein für das Vaterland Heil bringendes Resultat erwarten. Gleichzeitig wird durch den anberaumten Termin den auswärtigen betheiligten Mitgliedern Gelegenheit geboten, dem Krönungsfeste beizuwohnen. Auch fällt in diesen Monat der Stiftungstag des Treu-Bundes, welcher besonders festlich begangen werden wird. Dieser Tag wird als derjenige bezeichnet, an welchem die Spaltung des Bundes — welche übrigens nur unter einzelnen wenigen Mitgliedern stattgefunden hat, — ausgeglichen werden wird, da man von beiden Seiten ganz richtig erkennt, daß nur vereinte Kraft ein großes Ganze erzielen läßt. — Im nächsten Monat hofft der Bund in sein neues Ordenshaus in der Friedrichsstraße Nr. 120 einzuziehen; der dort errichtete große brillant ausstaffirte Saal wird über 4000 Menschen fassen. Durch den gegenwärtigen Großmeister sind dem Bunde neuerdings bedeutende Mittel zugeflossen. Mit Nächstem wird auch Seitens des Treu-Bundes, auf Vorschlag eines Distrikts-Vereins desselben, eine große Festlichkeit zu Gunsten der durch Ueberschwemmung Verunglückten des Guhrauer Kreises in Schlesien veranlaßt werden, zu welchem Behuf bereits alle Kräfte des Bundes in Bewegung gesetzt worden sind.

— Der hiesige Frauenverein zur Beschaffung eines vaterländischen Kriegsschiffes hat eine so unermüdliche Thätigkeit entwickelt, daß er in Kurzem im Stande sein wird, den Bau desselben beginnen zu lassen. (Voss. Z.)

**Königsberg**, 11. Januar. Für die bevorstehenden Wahlen zum Erfurter Reichstag ist die Stadt in 24 Wahlbezirke eingetheilt. — Heute sollte die hiesige Bürgerwehr die Waffen abliefern, hat es indessen nicht für gut befunden, dem dieserhalb erlassenen Befehle Folge zu leisten, und es steht nun zu erwarten, daß das General-Kommando die Abnahme der Waffen durch die Polizei betreiben lassen wird. — Wie man hört hat der Kommandeur der Bürgerwehr den Befehl erlassen, die Waffen zu putzen und im Stande zu halten, dagegen soll die Bürgerwehr den Beschluß gefaßt haben, die Waffen nicht abzuliefern, sondern erst den Bescheid aus Berlin auf den auf Belassung der Waffen gestellten Antrag abzuwarten. — Der hiesige Staats-Anwalt hat die in Beschlag genommenen Exemplare der von dem Lieutenant Rüstow verfaßten Schrift: „Der Deutsche Militairstaat vor und nach der Revolution" an den Staats-Anwalt in Posen — wo bekanntlich der Verfasser steht, wenngleich er schon seit geraumer Zeit suspendirt ist — zur weitern Verfolgung der Sache übersendet. — Gegen die hier erscheinenden „fliegenden Blätter" und die „Dorfzeitung für Preußen" hat der Staats-Anwalt wegen mehrfacher Preßvergehen auf Grund des §. 18. des Preßgesetzes die Untersuchung beantragt.

**Breslau**, 11. Januar. Von dem Herrn Kultus-Minister ist unterm 22. Dezember v. J. auf die Petition, welche von den Lehrern Breslaus wegen baldiger Gehalts-Erhöhung der Lehrer in Folge der verlorenen Steuer-Exemption eingereicht wurde, die Antwort eingegangen: „Daß die Staatsregierung allerdings ihrerseits darauf Bedacht nehmen würde, durch möglichst beschleunigten Erlaß des Unterrichtsgesetzes den Zeitpunkt bald herbeizuführen, wo die Verbesserung des Gehaltes der bisher unzulänglich besoldeten Volksschullehrer eintreten kann. Auch stehe zu hoffen, daß es durch die zur Unterstützung bedürftiger Schullehrer von den Kammern voraussichtlich auch für das nächste Jahr zu bewilligenden Fonds gelingen werde, denjenigen Lehrern die wünschenswerthe Erleichterung zu gewähren, welche durch die Aufhebung der Steuer-Exemption etwa besonders nachtheilig betroffen worden." (V. Z.)

— Wie wir vernehmen, hat das hiesige Appellationsgericht ungefähr 30 Mai-Angeklagte außer Anklagezustand versetzt. — Der Magistrat hat die fernere Bewilligung eines Zuschusses zu den Bedürfnissen der hiesigen christ-katholischen Gemeinde, welche zuerst 1000 Thlr., später 300 Thlr. betrug, abgelehnt. (N. O. Z.)

**Breslau**, 12. Januar. Das hiesige Kreisblatt enthält eine Bekanntmachung, betreffend die Oderstrom-Regulirungs-Bauten, in der es heißt: „Es ist im Werke, den Oderstrom durch Einschränkungs- und Buhnenbauten soweit zu reguliren, daß er auch bei dem niedrigsten Wasserstande für beladene Schiffe fahrbar ist. Die Kosten dieses Unternehmens sind mehr als bedeutend, und es ist deshalb höheren Orts verordnet worden, mit den zur Unterhaltung der Oderufer verpflichteten Grundbesitzern, welche durch die anzulegenden Regulirungswerke in dieser Verpflichtung sehr wesentlich erleichtert werden, über die für den Bau, resp. die Unterhaltung der Strom-Regulirungswerke ihrerseits zu gewährenden unentgeltlichen Beiträge im Wege kommissarischer Verhandlungen ein dem Zwecke entsprechendes Uebereinkommen baldigst zu treffen." (Voss. Z.)

**Halberstadt.** Wir haben neulich aus dem Magd. Corresp. einen Artikel aus Halberstadt über die dortige freie Gemeinde entlehnt. Wir halten uns für verpflichtet, mitzutheilen, daß der Magd. Corresp. vom 15. eine Erklärung der freien Gemeinde in Halberstadt bringt, worin die bezeichneten Mittheilungen für unwahr erklärt werden. (N. P. Z.)

**Münster**, 13. Januar. Aus guter Quelle vernehme ich, daß der vormalige Finanzminister von Düesberg zum Oberpräsidenten von Westphalen bestimmt sei. Die Wahl eines Katholiken und Westphalen entspricht vollkommen den lang genährten Hoffnungen der hiesigen Bevölkerung. Hr. Direktor Temme hat vor einigen Tagen in Folge der von dem Justizminister erlassenen Weisung zur Beschleunigung der Untersuchung, nach langer Unterbrechung, wieder ein Verhör gehabt, in welchem er jedoch wiederholentlich erklärt, daß er nur Gott und seinem Gewissen Rechenschaft zu geben habe. (P.-M.)

**Schwerin**, 11. Januar. Heute Nachmittag ist das Gerücht verbreitet, aus Frankfurt sei eine Note angelangt, welche an das Ministerium die sehr dringliche Aufforderung stelle, in der Verfassungsangelegenheit nicht weiter vorzugehen und der Ritterschaft die Beschreitung der Compromiß-Instanz nach der Verordnung vom 29. November 1817 nicht länger vorzuenthalten, widrigenfalls auf dem von der Bundes-Exekutions-Ordnung vorgeschriebenen Wege weiter vorgeschritten werden müßte. Von anderer Seite wird sogar hinzugefügt, daß in einer preußischen Note das Einrücken zweier Landwehr-Regimenter angezeigt sei, deren Quartiermacher schon in den nächsten Tagen hier eintreffen würden. Das mecklenburgische Contingent dagegen soll angewiesen sein, sich marschfertig zu halten, um am 1. März nach Erfurt abzugehen. Der Staatsrath Stever ist in dieser Angelegenheit nach Berlin gereist. Vom Gesammtministerium ist bekannt gemacht worden, daß die sämmtlichen Landeskassen bis auf Weiteres in Rostock verbleiben, und alle an solche zu leistenden Zahlungen so wie die sonstigen Landesanlagen, dorthin gesendet werden sollen. (H. C.)

**München**, 10. Januar. Die Zahl gegen die Emanzipation der Juden eingegangenen Adressen wird einige über 300 betragen, mit vielleicht 150,000 Unterschriften.

— Von Seite pfälzischer Abgeordneten wurde folgender Antrag an die Kammer gebracht: In Erwägung, daß der in der baierischen Rheinpfalz verkündete und fortgesetzte Kriegszustand durch irgend eine gewaltsame Gegenwehr militairisch nicht gerechtfertigt, — daß deshalb durch die in der Pfalz geltenden Gesetze derselbe nicht begründet und den Bestimmungen der Staatsverfassung widersprechend erscheint; — daß insbesondere die Selbstentäußerung des Staatsministeriums bezüglich „der dem Oberkommandanten des pfälzischen Armeekorps, Fürsten Thurn und Taxis, verliehenen Gewalt das Prinzip der Konstitutionalität selbst in Frage stellt; — daß endlich von Seiten des Staatsministeriums bezüglich des verhängten und fortgesetzten Kriegszustandes in der Pfalz auch nicht eine nachträgliche Rechtfertigung vor dem versammelten Landtage bis jetzt vorgebracht worden: — wolle die Kammer der Abgeordneten bei Sr. Maj. dem König die sofortige Aufhebung des Kriegszustandes in der Pfalz beantragen. (D. R.)

**München**, 11. Januar. Es macht hier in allen, vorzugsweise aber in den streng baierisch und österreichisch und absolutistisch gesinnten Kreisen großes Aufsehen, daß der „Korrespondent von und für Deutschland" in Nürnberg sich nunmehr mit voller Entschiedenheit für ein constitutionelles Deutschland auch ohne Oesterreich und dahin ausgesprochen hat, daß es Baierns Aufgabe sei, an der Spitze der Mittelstaaten in neue Verhandlungen mit dem engern Bundesstaat zu treten, und wenn es nicht anders geschehen könnte, selbst unbedingt die Verfassung vom 26. Mai anzunehmen. Diese eben so offene als entschiedene Erklärung gegen die bisherige baierische Politik, von einem der gewiegtesten Preßorgane ausgehend, und zwar dicht vor dem Reichstage, gehört mit zu jener Rache, welche der Himmel sich gegen jene vorbehalten hat, die leichtsinnig noch einmal, wie es durch mehr als 30 Jahre geschehen, die Geschicke Deutschlands durch ihre geheimen Zettelungen verwirren, und das deutsche Volk durch Vorspiegelungen über seine wahren Bedürfnisse und unveräußerlichen Rechte straflos beirren zu können vermeinten. (D. Ref.)

**Stuttgart**, 9. Januar. In einem Artikel der W. Z. vom 8. Januar bestätigt Herr Römer, daß der Reichsverweser Sr. Majestät dem König von Würtemberg einen Brief geschrieben hatte, worin er demselben den Rath ertheilte, die Reichsverfassung nicht anzuerkennen. Ferner, daß vor der Verlegung der Reichsversammlung nach Stuttgart Herr Raveaux in Stuttgart gewesen sei, um Herrn Römer zu bestimmen, daß er Se. Majestät den König (von Würtemberg) veranlasse, die Würde des Reichsoberhaupts anzunehmen. Hiervon, fährt Herr Römer fort, setzte ich Se. Maj. ohne Verzug in Kenntniß, natürlich nicht, um ihn zuzureden, sondern um ihn von der Thatsache zu unterrichten.

Wir erfahren aus diesem Artikel weiter, daß am 25. April, dem Tage der Anerkennung der Reichsverfassung, Herr Römer der 15er Commission der Würtembergischen Kammer, welche auf die Beeidigung drang, erklärt hatte, er werde in diesem Falle sogleich seine Entlassung fordern, worauf das Resume auf Schoders Antrag unterblieb. Später (Ende Mai, Anfang Juni) hatten mehrere Commandeure erklärt, die Beeidigung der Truppen auf die Reichsverfassung werde wesentlich zur Beschwichtigung des unruhigen Geistes derselben beitragen! Der König habe Bedenken geäußert, welche er, Herr R., nicht für unbegründet erkannte, und die Minister hätten dann nur aus politischen Gründen zur Beruhigung der Truppen und des Landes zur Beeidigung gerathen. (Const. Ztg.)

— **Von P. A. Pfizer** enthält die Würtemberger Zeitung ein beachtenswerthes Schreiben, dessen Schluß wir hier mittheilen:

Welch' unermeßliche Verantwortung lastet auf denen, welche das jetzt von Preußen Dargebotene zurückweisen, damit Deutschland nicht in Preußen aufgehe! Als ob Deutschland in Preußen aufgehen könnte, ohne daß auch Preußen in Deutschland aufgeht! Ist doch das eigentliche Preußenthum, dasjenige Preußen, gegen welches so viele vermeintliche Patrioten mit Haß und Eifersucht erfüllt sind, auf die Mark Brandenburg und auf Pommern beschränkt, dasselbe umfaßt höchstens ein Viertheil des preußischen Gesammtstaates, und wie viel man auch der preußischen Politik vorwerfen zu können glaubt: die Staatsklugheit gestattet nicht, die deutsche Krone einer beliebigen Person oder Regierung als Belohnung für besonderes Wohlverhalten anzutragen. Der Candidat für diese Krone, der künftige deutsche Kaiser, wird durch die Natur der deutschen Verhältnisse bestimmt. Diese richtig zu erkennen, ihrer Forderung zu genügen, ist die Aufgabe der Gegenwart, und heute noch wie vor 35 Jahren nach den deutschen Freiheitskriegen, ja noch mehr als damals, gilt, was der ritterliche Dichter Schenkendorf, unverkennbar im Hinblick auf Preußens König dem deutschen Volke zugerufen hat:

O sei doch endlich weiser,
Du Heerde ohne Hirt!
Und wähle schnell den Kaiser,
Und zwing ihn, daß er's wird!

Günstiger als je sind jetzt für eine Wiedergeburt Deutschlands die Zeichen; aber wann wird eine ähnliche Gestirnung wiederkehren, wenn jetzt das deutsche Volk sich selbst verläßt, wenn seine Glieder feindlich auseinanderstreben und in unseliger Verblendung die ausgestreckte Hand zurückstoßen, die uns in den rettenden Hafen steuern könnte!

**Heilbronn**, 9 Januar. Nach einer ziemlich zuverlässigen Quelle hat der Fürst von Thurn und Taxis bei den Unterhandlungen mit dem Staate über Abtretung der Post eine Rente von 50,000 fl. und einen Inventaranschlag von c. 500,000 fl. seinen Forderungen zu Grund gelegt und hiernach seine Ansprüche auf 1,600,000 fl. gestellt. Dagegen sind ihm zuerst 800,000 fl. und später 1 Mill. geboten worden. Die Differenz, um welche es sich noch handelt, beträgt sonach nicht weniger als 600,000 fl. (Heilb. Tagebl.)

**Karlsruhe**, 6. Januar. Das großherzogl. badische Kriegsministerium hat nachstehende Bekanntmachung erlassen.

Die Soldaten Ludwig Gerhard, Clemens Jäckle, Xaver Böhler, der Corporal Wilhelm Ruhm und Johann Adam Haberkorn, welche auf der Rückkehr aus der Schweiz durch Absingen aufrührerischer Lieder und auf andere Weise ihre fortwährende Anhänglichkeit an die Sache des Umsturzes kund gegeben haben, sind als Kriegsgefangene in die Kasematten nach Rastatt gebracht worden, um wegen dieses Vergehens und zugleich wegen ihres Antheils an der Mairevolution je nach Umständen vor das Kriegsgericht oder das Standrecht gestellt zu werden. Indem wir dies zur Warnung anmit öffentlich bekannt machen, ersuchen wir zugleich die Redaktionen der inländischen Zeitungen, diese Warnung in ihren Blättern gleichfalls zu veröffentlichen. Karlsruhe, 2. Januar 1850. Großherzogliches Kriegsministerium. (C.Z.)

**Darmstadt**, 11. Januar. Zur großen und freudigen Ueberraschung unseres Hofes traf Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen gestern hier zum Besuche ein. Bei der Corpsvisite, die Hochderselbe heute um 11 Uhr von den Offizieren hiesiger Garnison im Kaisersaal des Schlosses anzunehmen geruhte, richtete Se. Königl. Hoheit beiläufig folgende sehr ehrenvolle Worte an die Versammelten: „Ich freue mich darüber, mit Offizieren näher bekannt geworden zu sein, in welchen ich die Führer des braven hessischen Truppenkorps erblicke. Bevor ich von Ihnen Abschied nehme, kann ich nicht unerwähnt lassen, daß man in allen Staaten dankbar anerkennen muß, was die Großherzoglich hessischen Krieger gegen den Aufstand in Baden so muthvoll gethan, indem sie einen Monat lang allein den ersten Stoß abzuwenden wußten; nicht zu gedenken dessen, was wir später gemeinschaftlich ausgeführt haben. Die Zeiten sind aber doch nicht ruhig, unser Gegner schläft nicht, er ist sehr rührig, und wir wissen nicht, wie bald uns wieder die Pflicht ruft, so daß wir jederzeit gefaßt sein müssen, da oder dort zu erscheinen. Wann und wo es aber auch sei, kann ich nur wünschen und werde ich mir es stets zur Ehre rechnen, gemeinschaftlich mit den braven Hessen auf dem Wahlplatz zu erscheinen." Nachmittags war dem hohen Besuche zu Ehren großen Tafel bei Hofe, und Abends kehrte der Prinz wieder nach Karlsruhe zurück. (St.-A.)

**Frankfurt a. M.**, 11. Januar. Der Königlich hannoversche Legationsrath und ehemalige Reichsminister der Justiz, Herr Dr. Detmold, ist heute Morgen hier angekommen, um als Bevollmächtigter für das Königreich Hannover bei der Bundes-Central-Commission zu fungiren. Auch sein ehemaliger Kollege, General-Lieutenant Jochmus, befindet sich gegenwärtig hier. (O.-P.-A.-Z.)

**Frankfurt a. M.**, 11. Januar. Ein besonders wichtiger Punkt für die Marine wird natürlich die Beschaffung geeigneter Häfen sein. Als Hauptkriegshafen dürfte, wenn das Bedürfniß eines solchen auch augenblicklich noch nicht in dringendem Maße vorhanden ist, jedenfalls der Jahde-Meerbusen bestimmt sein; darüber herrscht fast keine abweichende Ansicht mehr. Dagegen gehen die Vorschläge auseinander, wohin provisorisch der Winterhafen zu verlegen wäre. Es stehen drei Lokalitäten dafür in Frage, zuvörderst ein Platz in der Elbe bei der Insel Krautsand, dann Bremerhaven und endlich Brake; die Entscheidung wird wahrscheinlich zu Gunsten von Bremerhaven ausfallen. Bei Krautsand ist nur ein mit Faschinen umhegter und mit dem nöthigen Pfahlwerk zum Festlegen der Schiffe versehener Liegeplatz herzustellen, nicht aber ein geschlossenes Dock mit festem Kai; in Brake sind allerdings schon bedeutende Baggerungen für die diesjährige Ueberwinterung der Schiffe vorgenommen, und es befindet sich dort für die Reparatur der Havarieen ein nothdürftig hinreichendes Trockendock; dagegen hat es sich durch die Berichte der Kommission, welche unter der Leitung des österreichischen Obersten v. Kudriaffsky im verflossenen Sommer die Nordküste untersuchte, herausgestellt, daß sich in Bremerhaven durch Erweiterung des seiner Vollendung bereits entgegengehenden großen Docks für Dampfschiffe mit leichter Mühe eine besondere Hafenabtheilung für die Kriegsflotte nebst allem Zubehör einrichten lassen und daß die Kosten dieser Anlage sammt der Errichtung eines mit dem Hafenbassin verbundenen

Trockendocks, der nöthigen Werkstätten und eines Arsenalgebäudes die Summe von 400,000 Fl. nur wenig überschreiten würden. Das ist allerdings eine bedeutende Summe, aber es muß dabei immer in Anschlag gebracht werden, daß die Flotte auch dann, wenn der Hauptkriegshafen schon vollendet wäre, doch noch einiger Nebenhäfen bedürfen, mithin ein provisorischer Winterhafen auch künftig seinen Werth behalten würde.

## Oesterreich.

**Wien**, 11. Januar. Eine Korrespondenz aus Karlsburg in der Südsl. Ztg. enthält eine Specifikation der während des Bürgerkrieges gefallenen, gehängten und niedergemetzelten Romanen. Zu M. Ujvar wurden an einem Tage 300 Romanen verurtheilt, 150 wurden an einem Tage erschossen, bei jedem Schusse schrieen die Magyaren den Romanen zu: Cantatì: Descepta te Romane! (Singet: Wach' auf o Romane). Es giebt in Siebenbürgen gegen 2400 romanische Dörfer und darunter soll, der erwähnten Korrespondenz zufolge, kein einziges vorkommen, aus welchem nicht 10—20 Menschen getödtet worden wären; man könne annehmen, daß in Ganzen 35—40,000 romanische Opfer gefallen seien.

— Die russischen Generale Hasfort und Grabbe haben für ihre Kriegsthaten im ungarischen Feldzuge von Sr. Majestät dem Kaiser Nikolaus, ersterer einen goldenen, mit Diamanten besetzten Ehrendegen, mit der Inschrift: „Pour la bravour," letzterer einen reichbesetzten Säbel mit den Worten: „Pour la campagne de 1849" erhalten.

— Von dem Erzherzog Albrecht treffen so eben durch Kourier dringende Depeschen aus Böhmen ein. Was sie bringen, wissen wir noch nicht, doch fürchtet man, daß sie auf den Zustand in Sachsen Bezug haben könnten.

**Wien**, 12. Januar. Der vorgestern bei der Erzherzogin Sophie stattgefundene Kammerball war sehr glänzend und dauerte bis 5 Uhr Morgens. Der Kaiser tanzte unermüdet bis 3 Uhr, zog darauf seine Taschenuhr hervor und sagte zu den Herren: „Jetzt müssen wir aufhören, es ist Belagerungszustand." Er vertheilte darauf selbst Cigarren und forderte sie auf, ohne Umstände in einem Nebenzimmer mit ihm zu rauchen. Er selbst begab sich nicht mehr zur Ruhe, sondern widmete sich bei Tagesanbruch wieder den Regierungsgeschäften. Beim Tanze gab er nicht zu, daß man sich wegen des Vortanzens genire, und so wurde getanzt, wer immer an die Reihe kam. — Gestern besuchte der Kaiser das Hof- und National-Theater, wo das Wagnersche Ehepaar in „Hamlet" mit vielem Beifalle debütirte.

— Der Kaiser hat durch den Obersten Ritter in England Pferde um den Preis von 40,000 Fl. kaufen lassen. Die Pferde, ausgezeichnete Thiere, befinden sich bereits in Wien.

— Der steckbrieflich verfolgte Ludwig Denes, der früher beim Pesther Blinden-Institut als Lehrer fungirte und am Morde des Grafen Lamberg betheiligt sein soll, ist in Kronstadt gefänglich eingebracht worden.

— Die Schneeverwehungen im Adelsberger Kreise sind so groß, daß die Truppen-Transporte von und nach Italien vor der Hand eingestellt bleiben.

— Aus Ungarn wird über Vermehrung der Raubthiere geklagt, und derselben dem Mangel an Waffen beigemessen, namentlich ist es in der Umgegend von Preßburg, wo sich Wölfe zeigen.

**Pesth**, 7. Januar. Großes Aufsehen in der aristokratischen, bürgerlichen, wie kirchlichen Welt erregt die Verhaftung des Bischofs von Großwardein — Baron-Bremer, wenn wir nicht irren — der bald, nachdem er die Publikation der oktroyirten Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich vorgenommen, eingezogen worden. (C. Bl.)

## Schweiz.

**Bern**, 10. Januar. Eben trifft hier die Nachricht ein, daß in Neuenburg die Kaserne, in welcher die Flüchtlinge lagerten, abgebrannt sei und man Verdacht von Brandstiftung hege. Ich würde dieser Nachricht keine weitere Bedeutung beilegen, wenn nicht schon früher mit Bestimmtheit gesagt worden wäre, daß die in Neuenburg einkasernirten Polen, aufgebracht, weil sie wegen verschiedener Ursachen in Untersuchung gezogen worden seien, schon zweimal versucht hätten, in der Kaserne Feuer anzulegen; der Ausbruch des Brandes sei aber jedesmal durch die Dazwischenkunft deutscher Flüchtlinge verhütet worden. Sollte das Gerücht, daß die Polen die Ursache des Brandes seien, wahr werden, so müßte dieses den Haß gegen die Flüchtlinge sehr steigern. (D. Z.)

## Frankreich.

**Paris**, 11. Januar. Unter den beim Beginne der heutigen Sitzung der National-Versammlung vertheilten Vorschlägen bemerkt man den von drei Mitgliedern des Berges für Theilung der Gemeindegüter und den von acht anderen Mitgliedern derselben Partei für Erhöhung des Soldes der Unteroffiziere und Soldaten um 15 Centimes täglich. (Der bekannte ministerielle Vorschlag verlangt bloß für die Unteroffiziere eine Solderhöhung von 20 Centimes.) Mehrere Zusatz-Anträge zu dem Gesetze gegen die Gemeindelehrer, die den Zweck haben, dasselbe zu mildern oder mit Garantieen gegen die Willkür der Präfekte zu umgeben, sind heute gemacht worden, und werden nach Erledigung einiger Gegenstände von untergeordneter Bedeutung diskutirt. Dies führt eine neue Debatte über das ganze Gesetz herbei. Joly, von der Linken, giebt der Majorität zu bedenken, daß sie im Begriffe stehe, eine Waffe zu schmieden, die sich zuletzt gegen sie selbst kehren würde, wenn, wie es wahrscheinlich sei, die rothe Partei bei den nächsten allgemeinen Wahlen in Masse in die National-Versammlung kommen würde. (Das sind Drohungen! auf der Rechten.) Laborde (ein Legitimist) beklagt sich, daß in Frankreich immer die Freiheit versprochen werde und zuletzt nur Unfreiheit und Willkür komme. Er schlägt vor, dem Gesetze eine sechsmonatliche Dauer zuzugestehen; wenn aber bis dahin das organische Gesetz über den öffentlichen Unterricht nicht fertig sei, unbedingte Unterrichtsfreiheit eintreten zu lassen. Er äußert bei dieser Gelegenheit die Ansicht, daß die Association der Familienväter in den Gemeinden hinreichen würde, um für das Unterrichtswesrn zu sorgen. Sein Vorschlag wird verworfen. Ein Redner von der Linken will Garantieen, daß die Regierung die ihr in die Hand gegebene Gewalt nicht benutzen werde, um auf die nächsten Wahlen einzuwirken. Der Unterrichts-Minister schweigt trotz der Interpellationen, die vom Berge aus an ihn ergehen. Zuletzt wird über das ganze Gesetz mit allen hinzugefügten Abänderungen, wovon die wesentlichste die ist, daß es nur 6 Monate lang gültig sein soll, nochmals namentlich abgestimmt.

— Die „Assemblee nationale" läßt sich von einem Diplomaten in London, der schon öfters Ereignisse der europäischen Politik, wie z. B. die Auflösung des Frankfurter Parlaments, vorausgesagt hat, Folgendes schreiben: Der König von Preußen, der den revolutionairen Geist durch die Vernunft und einige Zugeständnisse zu besiegen hoffte, endlich aber anfängt, sich zu enttäuschen, ist jetzt fest entschlossen, diesen Geist durch die Gewalt zu verfolgen. Er handelt demgemäß, und zwar mit um so mehr Recht, als man von neuen Unternehmungen der Flüchtlinge unterrichtet ist. Dies wird der Gnadenstoß für die revolutionäre Partei in Europa sein. Der Plan, den sie gefaßt hat, ist noch immer derselbe. Sie hofft, von ihrem Centralpunkte (der Schweiz) aus sich über Piemont, das oberrheinische Deutschland und Würtemberg auszubreiten, um von dort aus die Rheinprovinzen und das französische Elsaß zu gewinnen. Alles ist vorgesehen, und dieses unsinnige Unternehmen wird der Vorwand und das Zeichen zu einer Invasion der Schweiz durch Oesterreich und Preußen, vielleicht auch zu einer Besetzung von Piemont sein. Dies ist beschlossen. Die großen Kabinette gehen nicht eilig, aber sicher zu Werke. Was sie von vorn herein gewollt haben, das wollen sie auch noch jetzt und werden dabei (sie hoffen es wenigstens) mit Frankreich Hand in Hand gehen. Der aufgeklärte Geist des Prinzen-Präsidenten wird sie nicht im Stiche lassen. (Köln. Ztg.)

— Der Vice-Präsident der Republik, Herr Boulay (de la Meurthe) hat den Betrag seines Gehalts vom 11. April bis zum 31. Dezember 1849, d. h. eine Summe von 35,000 Fr., zu wohlthätigen Zwecken angewiesen.

**Paris**, 11. Januar. Der Präsident der Republik soll den Unterrichts-Minister Parieu wegen der Lauheit, womit er das Gesetz gegen die Elementarlehrer vor der National-Versammlung vertreten habe, heftig getadelt haben. Der Constitutionel wirft heute in der That dem Unterrichts-Minister sehr unumwunden Mangel an Energie, Festigkeit und Entschiedenheit vor.

— Die legitimistische „Opinion publique" macht über das außerordentliche Steigen der Fonds an der gestrigen Börse folgende Insinuation: „Jedermann fragte sich nach der Ursache davon und Niemand konnte sie sich erklären. In der That kann unter den ernsten Umständen, in denen wir uns befinden, das Vertrauen der Spekulanten sehr sonderbar scheinen. Allein man muß nicht vergessen, daß gewisse Leute zu Paris mehr als Einen Hebel zur Verfügung haben, um stark auf die öffentlichen Fonds einzuwirken. Man versichert übrigens, daß dieses wunderbare Steigen sehr zur rechten Zeit eingetroffen ist, um gewissen wohlbekannten Geldverlegenheiten ein Ziel zu setzen. Wir machen darüber den Betreffenden unser Kompliment. Allein die überlegenden Rentenbesitzer mögen nur nicht zu sehr trauen, sie können sich wohl noch erinnern, daß am Tage vor dem 24. Februar die 5proz. Rente 118 Franken notirt war, und sie wissen, auf was sie den folgenden Tag fiel."

**Paris**, 12. Januar. Heute erklärt der Constitutionnel die allgemein verbreitete Nachricht, die Regierung wolle eine Expedition von 2000 Mann nach Montevideo abgehen lassen, für gänzlich unbegründet. Das Bulletin de Paris fügt hinzu, die Expedition sei vielmehr in Folge diplomatischer Erklärungen aufgegeben worden. Es scheint also, daß diese „Erklärungen" von jenseits des Kanals ausgingen.

— Man unterhält sich von einer demnächst zu erwartenden Botschaft des Präsidenten der Republik an die Nationalversammlung. Ein Mitglied der Rechten hat bereits einen Vorschlag über die Art und Weise, wie dieselbe zu empfangen und zu beantworten oder unbeantwortet zu lassen sei, in Anregung gebracht.

## Italien.

**Rom**, 4. Januar. Die Kardinalkommission hat zu Ende des Jahres einer großen Anzahl von Beamten nicht nur den Abschied gegeben, sondern viele derselben auch aus dem Staate verbannt. Man spricht von 180 Angestellten, welche ihrer Aemter entsetzt seien; namentlich soll fast der ganze Generalstab der ehemaligen Armee von diesem Schicksale betroffen worden sein. So verdient das Schicksal der Mehrzahl sein mag, so sind doch alle Gemäßigteren darüber einig, daß, politisch betrachtet, dieses Verfahren höchst unklug und gefährlich sei. Es bildet sich im Staate eine immer größere Ansammlung von Haß gegen die Regierung. Es ist bekannt, daß während der Belagerung die Nationalgarde von Rom ohne aktiven Antheil an der Vertheidigung blieb, daß vielmehr der größere Theil der Führer und Gemeinen nur aus Furcht vor den Freischaaren nicht zur Uebergabe schritt, zumal nachdem der bekannte Oberst Campana, als er zu derselben gerathen, von Meuchelmördern verwundet worden, ein anderer Oberst, Capranica, durch Zuhausebleiben gleichem Schicksale entgangen war. Obwohl daher die meisten Obersten nur durch Feigheit gefehlt, welche Schuld sie mit der gesammten römischen Bevölkerung theilen, so hat dennoch jetzt, wie es heißt, die Censurkommission auf sie ihr Auge gerichtet, nach dem Grundsatze, daß alle Führer von unabhängigen Corps von der Amnestie ausgeschlossen sein sollen. (D. Ref.)

**Verona**, 6. Januar. Schon seit längerer Zeit kamen der Militärbehörde Anzeigen über heimliche Waffendepots zu; aber alle diesfälligen Untersuchungen blieben bisher ohne Ergebniß. Gestern fand jedoch eine Haussuchung in der Casa Guisti statt. Da das Haus am Fuße des Castells S. Pietro liegt, so wurde eine Abtheilung Sappeurs und Mineurs in den weitläuftigen Garten entsendet, um fortifikatorische Aufnahmen zu bewerkstelligen. Als man eine Grotte betrat und die anwesenden Gärtner durch ihr Benehmen Verdacht erregten, fand man sich veranlaßt, genauere Untersuchungen anzustellen, entdeckte zuerst einige Pistolen und bei weiterer Nachgrabung die vollkommene Ausrüstung für eine complette Compagnie. Die festgenommenen Gärtner gestanden, diese Waffen auf Befehl der beiden jungen Grafen — früher stark in Venedig betheiligt — vergraben zu haben. Die fortgesetzte Nachforschung ergab in einem benachbarten Hause noch einen reichlichen Fund, der so gut verborgen war, daß man vom Dache aus die Mauern abbrechen mußte.

## Vermischte Nachrichten.

**Stettin**, 15. Januar. In der gestrigen Abendsitzung der Stadtverordneten wurde der Referendarius Otto von 62 Anwesenden mit 53 Stimmen zum Stadt-Syndikus gewählt. Sein Mitbewerber, Assessor Voigt erhielt 15, der hiesige Kreis-Gerichts-Rath Klotz 12 und der Assessor Wißmann 9 Stimmen.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat 1½ sgr.; frei in's Haus: 2½ sgr.

# Provinzial-Anzeiger.

Insertionspreis 6 pf. für die dreispalt. Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 13. Mittwoch, den 16. Januar. 1850.

Ausgabestellen: bei dem Destillateur Radtke, Bollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Oberwiek.

## Einpassirte Fremde.

Vom 14. Januar.

Hotel de Prusse. Kaufleute Hesse aus Altona, König aus Berlin, Ohlsen aus Newcastle, Eisenhard aus Magdeburg, Naigélé aus Deßau; General v. Stößer aus Berlin; Pr.-Lieut. v. Luck, Generalin v. Sohr, Fräulein v. Bennewitz aus Stargard.

Hotel du Nord. Kaufleute Buschel aus Mainz, Ehrlich aus Neustadt a. W., Hirschbaum aus Elberfeld, Golde aus Berlin; Hotelbesitzer Eichmeyer aus Swinemünde.

Drei Kronen. Kaufleute Kern aus Hamburg, Verhuven aus Eulenburg, Spiegel aus Leipzig, Krumbügel aus Wittstock; Gutsbesitzer v. Schewen aus Speck, Mehl und Frau aus Radikow; Rendant Knapp aus Jasenitz; Rechnungsführer Salomon a. Cüstrin; Akademiker Bran de Beer aus Speck; Geschäftsführer Nielitz aus Berlin.

Hotel de Petersburg. Kaufleute Winter, Metzler aus Swinemünde, Hagenauer, Henkel aus Berlin, Schultz aus Stepenitz; Consul Baeckmann, Schifffahrts-Direktor v. Cramon aus Swinemünde.

## Gerichtliche Vorladungen.

Edictal-Citation.

Es werden

1) der Steuermann August Ferdinand Goerbitz von hier, geboren am 20sten Januar 1805, welcher im Jahre 1837 auf der Hamburger Brigg Gustav, Capitain Grell, von Havanna nach Hamburg abgegangen sein soll, seitdem aber verschollen ist;
2) die unbekannten Erben der am 27sten August 1847 hier verstorbenen Wittwe des Schlossers Kaulitz, Marie Beate, geb. Schmiedeberg;
3) die Wilhelmine Bojes, im Jahre 1808 geboren, eine Tochter des Buchhalters, später Schreiber Bojes und dessen Ehefrau Wilhelmine, geb. Boese, welche seit dem Jahre 1833 von hier verschollen;
4) die unbekannten Erben des am 5ten Januar 1799 gebornen und am 30sten September 1800 zu Güstow verstorbenen Carl Wilhelm Müller, eines Sohnes der am 8ten Januar 1799 zu Güstow verstorbenen Louise Müller;
5) die unbekannten Erben des am 18ten November 1847 zu Stettin verstorbenen Regierungs-Sekretairs Carl August Ferdinand Runge,

sowie deren etwanige unbekannten Erben und Erbnehmer hiermit öffentlich aufgerufen, sich spätestens im Termine

den 18ten Oktober 1850, Vormittags 10 Uhr,

vor dem Herrn Assessor Dumrath bei uns zu melden, widrigenfalls sie für todt erklärt, resp. präkludirt, und ihr Vermögen, resp. der Nachlaß, den sich legitimirenden Erben oder nach Umständen als herrenloses Gut dem Fiscus oder der betreffenden Kämmerei zugesprochen und ausgehändigt werden wird.

Stettin, den 7ten November 1849.

Königliches Kreis-Gericht.

## Subhastationen.

Die zum Nachlasse des hierselbst verstorbenen Brauers und Rathsherrn Johann Daniel Schoenfeld gehörigen Grundstücke, als:

1) das in der Stettiner Straße sub No. 211 belegene ganzlagige Wohnhaus nebst dazu gehöriger Hauswiese,
2) die im Füllenort sub No. 18 belegene Wiese,
3) die vor dem Bahn'schen Thore belegene ganze Scheune,
4) die vor dem Stettiner Thore belegene massiv erbauete Remise,
5) der vor dem Stettiner Thore belegene Garten,
6) der vor dem Stettiner Thore belegene wüste Scheunenplatz,

zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserer Registratur einzusehenden Taxe auf 8314 Thlr. 27 sgr. 3 pf. gerichtlich abgeschätzt, sollen

am 27sten März 1850, Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle hierselbst subhastirt werden.

Zugleich werden alle unbekannten Realprätendenten aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion mit ihren Ansprüchen an die zum Verkauf gestellten Grundstücke spätestens in diesem Termine zu melden.

Pyritz, den 4ten September 1849.

Königliche Kreis-Gerichts-Deputation.

## Verkäufe unbeweglicher Sachen.

Ich bin Willens, meine Mühle nebst 36 Morgen gutes Land aus freier Hand zu verkaufen oder zu verpachten. Nähere Rücksprache ist zu nehmen bei dem Bäckermeister und Mühlenbesitzer Herrn Daberkow in Colbatz.

## Verkäufe beweglicher Sachen.

**Die der Stettiner Dampfbugsirboot-Rhederei zugehörigen, hier befindlichen Fahrzeuge, als:**

**das Dampfbugsirboot Delphin mit zwei Dampfmaschinen, zusammen von 60 Perdekraft, und der Schooner Kronprinzessin, 91 Lasten groß,**

**sollen aus freier Hand verkauft werden, und wollen auf den Ankauf Reflektirende sich dieserhalb an das unterzeichnete Comité wenden, wo die Verkaufsbedingungen zu erfahren sind.**

**Stettin, den 10ten Januar 1850.**

**Comité der Stettiner Dampfbugsirboot-Rhederei.**

## Anzeigen vermischten Inhalts.

Meine Wohnung ist im Hause des Kaufmanns Hrn. Hahn, Küterstraße No. 43.

Stettin, den 14ten Januar 1850.

**Dr. Harenberg,**
praktischer Arzt und Wundarzt.

Für ein lebhaftes Waaren-Geschäft en detail wird ein Associé mit disponiblem Vermögen gesucht. Nähere Auskunft darüber ertheilt

**A. R. Walter,**
Mittwochstraße No. 1079.

Aus dem Hause Altböterberg No. 887 ist am 15ten d. M. ein Damen-Mantel von grün und brauner Farbe gestohlen worden. Wer zur Wiedererlangung dieses Mantels verhilft, erhält eine angemessene Belohnung.

F. Kadow,
Schuhmacher-Meister.

## Vermischtes.

**Berlin**, 15. Januar. Das in Charlottenburg stationirte Bataillon des 2ten Infanterie- (Königs-) Regiments soll nach Berlin verlegt werden und erst nach dem vollendeten Neubau einer Kaserne wieder Infanterie dorthin in Garnison kommen. Bis dahin wird der Dienst nur durch die Garde-Kürassire versehen.

— Gestern vor 36 Jahren war das Gefecht bei Wynecken in Holland, wo der General-Direktor Schmückert, damals Lieutenant und Regiments-Adjutant im Colberg'schen Regimente, sein Bein verlor und das eiserne Kreuz erster Klasse erwarb. Schmückert ist dem Regimente stets ein Freund geblieben, und im Andenken an den Ruhm, den er demselben erworben, überraschte den verdienten Staatsmann gestern der Commandeur des Regiments mit einigen älteren Offizieren und dem Musik-Corps und brachte ihm eine schöne Morgenmusik.

— Bei den diesmonatlichen Assisen in Köln kommt auch der Kinkelsche Zug nach Siegburg zur Verhandluug. Kinkel beabsichtigte dabei einen zweiten Zeughaussturm und nahm den Mitziehenden einen Eid ab.

— Am 12ten d. M. sah sich der zur Beaufsichtigung einer demokratischen Versammlung in dem Lokale Schönhauser Allee Nr. 156 kommandirte Polizei-Beamte veranlaßt, diese wegen aufreizender Aeußerungen eines Vortragenden aufzulösen und zum Auseinandergehen aufzufordern. Bei der Entfernung aus dem Lokal, unmittelbar vor demselben, wurde dieser und ein zweiter Beamte plötzlich umringt, ihm der Mantel abgerissen, der Hut vom Kopf geschlagen und der Säbel entwunden. Sodann schlug man unter dem Rufe, „haut ihn todt" mit Knüppeln und Stöcken auf ihn ein, so daß das Blut ihm über den Kopf lief. Der Vorsitzende dieser Versammlung, die derartiges im Gefolge hatte, war der Professor am Joachimsthalschen Gymnasium, Herr Krüger. Auch in der Versammlung der demokratischen Partei des 90sten Bezirks unter Vorsitz des Herrn Dr. med. Storch ging es an demselben Abend etwas stürmisch her. Die Debatte drehte sich indeß hier nur um die Wahl des Vorsitzenden, und es wurden Herr Schuhmacher Rappoldt zum ersten Präsidenten und Herr Dr. Storch zum Vice-Präsidenten wieder gewählt. (Voss. Z.)

— Die Allgemeine Zeitungs-Correspondenz No. 271 bringt unter Berlin, den 25. November pr. die Nachricht, daß die nach dem Großherzogthum Baden abgehenden Ersatzmannschaften des Königlichen 20. Infanterie-Regiments, bei der Abfahrt von Berlin mit der Anhaltischen Eisenbahn, dem Geh. Ober-Tribunals-Rath Waldeck ein lebhaftes Hoch! gebracht haben, und erkläre sich dies wohl vornemlich aus dem Umstande, daß das Königliche 20. Infanterie-Regiment größtentheils aus Berlinern rekrutirt werde; ferner, daß ein abgehender Rekrut von einigen Schutzmännern am Bahnhof mit Tornister und Gewehr wegen ungebührlichen Betragens verhaftet worden sei.

Beide Angaben haben sich als völlig unwahr erwiesen. Es sind freche Lügen und stehen den schamlosen Erfindungen zur Seite, welche demokratische Blätter dem Publikum auftischen, um den Geist der Truppen, und namentlich auch den der im Königlichen 20. Infanterie-Regiment dienenden Berliner zu verdächtigen, welche aber im Laufe des verflossenen Jahres und namentlich während des badischen Feldzuges, ihre Gesinnung, durch ihr tadelloses und braves Benehmen, sowohl vor dem Feinde, als in allen übrigen dienstlichen Verhältnissen bewiesen haben. Dieses Zeugniß wird ihnen von sämmtlichen Offizieren des Regiments mit Freuden gegeben.

Ebenso hat der Führer des Transports der diesjährigen Ersatzmannschaften nicht den mindesten Grund zu einer Klage über deren Betragen gehabt, sowohl während ihrer Exerzierzeit in Frankfurt a. d. O., als auf dem Marsche zum Regiment nach Rastatt, wo sie am 3. Dezember pr. eingetroffen sind.

Rastatt, den 12. Januar 1850.

Das Königl. Kommando des 20. Infanterie-Regiments.

**Königsberg**, 12. Januar. Am 4. d. M. Abends zwischen 7 und 8 Uhr wurde mitten in der Stadt ein Füsilier von 3 Männern angefallen, deren 2 mit Knütteln und der dritte mit einem Messer bewaffnet war. Der letztere versuchte dem Soldaten das Messer in den Leib zu stoßen, welcher Gefahr der Soldat durch eine geschickte Wendung entging; er konnte es aber nicht verhüten, daß ihm der Waffenrock aufgeschlitzt wurde. Der Soldat zog darauf blank und vertheidigte sich muthig, wobei er einen der Angreifer an der Hand verwundete. Er hatte dabei das Unglück nie-

der zu fallen und wäre sicher von den Meuchelmördern übel zugerichtet worden, wenn nicht auf seinen Hilferuf mehrere seiner Kameraden hinzu geeilt wären, vor denen die Attentäter die Flucht ergriffen, so daß man ihrer nicht habhaft werden konnte. (N. P. Z.)

**Schwerin**, 9. Januar. Wir haben leider einen in der Nähe unserer Stadt heute begangenen Raubmord zu berichten. Der Hauswirth Dahl aus Sülstorff war heute in Begleitung seines 18jährigen Sohnes und noch eines 14jährigen Knaben nach der Stadt gefahren. Er ließ sich auf hiesiger Sparkasse ein dort stehendes Kapital von 300 Thalern nebst 12 Thalern Zinsen auszahlen. Auf der Nachhausefahrt begriffen, ward Dahl um 2 Uhr vor dem Püsserkruge von einem Manne von kleiner, untersetzter Statur, welcher nach des Sohnes Aussage gleichzeitig mit dem Hauswirthe auf der Sparkasse gewesen war, dort mit dem gesprochen und sich als einen Tischler bezeichnet hatte, angeredet und um die Erlaubniß zur Mitfahrt angesprochen. Dahl nahm den Fremden auf seinen Leiterwagen. Vor 3 Uhr, als man nicht weit von Göhren war, forderte der Unbekannte plötzlich den Hauswirth Dahl auf, ihm das Geld zu geben, das er in seiner Kiepe mit sich führe. Dahl verweigerte das natürlich und schien die Aufforderung nur für Scherz genommen zu haben. Jener aber wiederholte die Forderung, indem er hinzufügte, er solle sich das nicht zum dritten Male sagen lassen. Zugleich nahm er eine Pistole und schoß auf Dahl. Dahl stürzte todt rückwärts über die Leiter des Wagens hinab. Die beiden jungen Leute sprangen erschreckt vom Wagen, um Hülfe herbeizuschaffen. Der Raubmörder fuhr mit dem Wagen weiter und bemächtigte sich unterdessen wahrscheinlich in aller Ruhe der 300 Thaler; die 12 Thaler Zinsen fanden sich noch in der Kiepe. Als aber gleich darauf andere Leute, vielleicht auch Sülstorffer, des Weges hinter ihm her kamen, sprang er vom Wagen und verschwand in den Sülstorffer Tannen.

Bei den mehrfachen vorliegenden Anhaltspunkten darf man hoffen, dem Thäter bald auf die Spur zu kommen und ihn der Hand der strafenden Gerechtigkeit zu überliefern. (M. Z.)

**Geißlingen**, 5. Januar. Heute wurde die 18,000 Fuß lange steile Bahnstrecke zwischen Geißlingen und Amstetten mit dem durch eine Lokomotive geschobenen Schneepflug in 15 Minuten von dem theilweise über einen Fuß hohen Schnee geräumt, worauf mehrere Züge, je mit 900 Centnern Schienen beladen, durch die Albmaschine ohne allen Anstand nach der Station Amstetten geführt wurden. Bei der letzten Rückfahrt von Amstetten nach Geißlingen wurden der Maschine 12 achträdrige Transportwagen angehängt. (Schw. M.)

— Das Land Bayern enthält auf seiner 1400 Quadratmeilen großen Oberfläche bekanntlich ein weit ausgedehntes Areal von Moosen und Rieden, auf welchem noch manches Hunderttausend Menschen leben könnte, falls jene Oedungen in fruchtbares Land umgeschaffen würden. Zwar leidet Bayern nicht an einer zu dichten Bevölkerung, sie erreicht nicht einmal die Dichtigkeit der preußischen, wenngleich die Auswanderung in manchen Theilen jenes Landes ziemlich stark ist. — Genug, um mehr fruchtbares Land in Bayern zu schaffen, ist neuerdings eine Kommission aus sehr vielen und sehr sachverständigen Männern zusammengesetzt worden, die zunächst ein Gutachten ausarbeiten soll, wie jene Moose, Riede und Oedungen fruchtbar, oder mindestens ertragbarer als jetzt zu machen seien. Wie es heißt, will man dabei nicht auf Anlage von inneren Kolonieen, die doch jedenfalls die Staatsfonds in Anspruch nehmen würden, reflektiren, sondern sich mit der Herstellung von Torfstichen und der Anlage von Wäldern vorerst begnügen. (Const. Z.)

**Triest**, 5. Januar. Heute wurde von einem Ponton in der Nähe des Molo San Carlo der Versuch mit dem hier neuen, vom Engländer Bush erfundenen Taucher-Apparat vorgenommen. Der Apparat besteht aus einem eisernen Helme mit drei kleinen Fenstern aus dickem Glase, die durch Messinggitter geschützt sind. Der Helm reicht bis an die Schultern, wo er mit einem wasserdichten Anzug von Kautschuck hermetisch verbunden wird. An den Füßen trägt der Mann Schuhe mit einer Sohle aus Korkholz und einer zweiten dicken von Eisen. Am Helme befinden sich zwei Röhren, die eine, lang und elastisch, steht mit einer Luftpumpe in Verbindung, mittelst welcher dem Taucher die Luft zugeleitet wird. Der Ueberfluß derselben findet durch eine zweite kurze Röhre und durch eine Art Ventil einen Abzug. Auf der Brust und an den Rücken des Tauchers werden zwei flache Gewichte gebunden. Er steigt auf einer Leiter bis auf den Grund hinab, der hier eine Tiefe von 36 Fuß hatte. Da heute Siroccowetter eintrat, Himmel und Wasser trüb waren, so konnte er keinen Gegenstand unterscheiden, und da er auf einen schlammigen Grund gerathen war, auch keinen festen Fuß fassen, und er kam nach drei Minuten wieder herauf. Der Apparat bewies sich als vollkommen zweckentsprechend, denn die untern Kleider des Tauchers waren ganz trocken und nicht ein Tropfen Wasser war in den Helm gedrungen. Nach einigen Versuchen wird der Mann Sicherheit gewinnen und mehrere Stunden lang in der Tiefe herumwandeln können. Ein hier weilender holländischer Ingenieur hat selbst in Amsterdam mit diesem Apparate eine Reise in die Tiefe gemacht und sich sehr wohl dabei befunden. (Lt.)

**London.** Ueber den Gasverbrauch in London und über die Mittel, die Kosten desselben zu vermindern, bringen die englischen Blätter sehr interessante Notizen. Die City verbraucht jährlich 500 Millionen Kubikfuß Gas, die Länge ihrer Hauptröhren beträgt 12 geogr. Meilen, und ihre jährliche Ausgabe für diesen Artikel 145,000 Pfd. St. Das gesammte London, obwohl 65 Mal größer, als die City, verbraucht 2700 Millionen Kubikfuß, die Länge seiner Hauptröhren ist 180 geogr. Meilen, und die jährliche Ausgabe 555,000 Pfd. St. Die City wird von zwei Gesellschaften versorgt, welche sich in das Revier getheilt haben und gleiche Preise belasten, nämlich 6 s für 1000 Kubikfuß. Die Reformers forderten eine Herabsetzung des Preises auf 4 s, und da die Gesellschaften das verweigerten, so haben sie eine „Centralkompagnie der Gaskonsumenten" gebildet, welche sich durch Parlamentsakte verbindlich machen will, unter keinen Umständen mehr als 4 s zu belasten, die Gasometer umsonst zu liefern, und, sobald das Betriebskapital mehr als 10 pCt. abwirft, weitere Ermäßigungen des Preises eintreten zu lassen. So wie dies Unternehmen sich ankündigte, setzten die alten Gesellschaften ihren Preis auf 4 s herab, aber es ist nun zu spät; die neue Compagnie wird das Parlament in der nächsten Session um Verleihung von korporativen Rechten angehen. In der City brennen 6000 Häuser von 15,000 Gasflammen; meistens sind es Läden und Magazine; in Privathäusern wird Gas selten gebrannt, während es in Schottland schon ziemlich allgemein im Gebrauche ist.

— **L'Opinion publique** enthält folgende Anekdote: Bei der Abstimmung über die montevideische Frage sah General d'Hautpoul Hrn. Victor Hugo, der einen blauen Stimmzettel auf die Tribüne trug. „Wie, rief d'Hautpoul, Sie, der Fürst des Friedens, stimmen für den Krieg?" Und Sie, der Fürst des Krieges, für den Frieden, erwiederte der Expräsident des Friedens-Kongresses.

## Getreide-Berichte.

**Berlin, 15 Januar.**

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: **Weizen** nach Qualität 52—56 Thlr.

**Roggen**, in loco und schwimmend 26½ — 28 Thlr., pro Frühjahr 27 Thlr. Br., 26¾ verk., pro Mai—Juni 27¼ Thlr. Br., 27 verk., pro Juni—Juli 28¼ Thlr. Br., 28 verk.

**Gerste**, große, in loco 20—22 Thlr., kleine 20—22 Thlr.

**Hafer**, in loco nach Qualität 16—18 Thlr., pro Frühjahr für 50pfd. 16½ Thlr. Br., 16 G.

**Erbsen**, Kochwaare 34—40 Thlr., Futterwaare 29—32 Thlr.

**Rüböl**, in loco 13⅝ Thlr. Br., 13½ G., pro Janr. 13 5/12 Thlr Br., 13⅓ G., pro Janr.—Februar 13¼ Thlr. Br., 13⅙ G., pro Febr.—März 13 Thlr. bez., Br. u. G., pro März—April 13 Thlr. bez., Br. u. G., 12 11/12 G., und pro April—Mai 13 a 12⅚ Thlr. verk., 12⅚ Br. u. G.

**Leinöl**, in loco 12⅙ a 12 Thlr. Br., pro März—April 11 5/12 Thlr. Br., 11⅓ G., pro April—Mai 11⅓ Thlr. Br., 11⅙ G.

**Spiritus**, in loco ohne Faß 14 1/12 Thlr. bez., pro Janr. 14 Thlr. verk., pro Febr.—März—April 14½ Thlr. Br., 14¼ G., pro April—Mai 14⅚ Thlr. Br., 14¾ bez. u. G., pro Mai—Juni 15⅙ Thlr. Br., 15 G., pro Juni bis Juli 15½ Thlr. Br., 15⅓ G., pro Juli—Aug. 15¾ Thlr. Br., 15½ bez. u. G.

## Berliner Börse vom 14. Januar

### Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

| | Zinsfuss. | Brief | Geld | Gem. | | Zinsfuss. | Brief | Geld. | Gem. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Preuss. frw. Anl. | 5 | 107 | — | | Pomm. Pfdbr. | 3½ | — | 95½ | |
| St. Schuld-Sch. | 3½ | 88¾ | 88¼ | | Kur- & Nm. do. | 3½ | — | 95¾ | |
| Sech. Präm-Sch. | — | 104½ | — | | Schles. do. | 3½ | — | 94⅝ | |
| K. & Nm. Schldv. | 3½ | — | — | | do. Lt. B. gar. do. | 3½ | — | — | |
| Berl. Stadt-Obl. | 5 | 105¼ | 104¾ | | Pr. Bk-Anth-Sch. | — | 94 | — | |
| Westpr. Pfdbr. | 3½ | — | 90¼ | | —— | | | | |
| Grosh. Posen do. | 4 | 100 7/12 | 100 1/12 | | Friedrichsd'or. | — | 13 7/12 | 13 1/12 | |
| do. do. | 3½ | 91½ | — | | And. Gldm. a 5 thr. | — | 12⅔ | 12⅙ | |
| Ostpr. Pfandbr. | 3½ | — | 94¼ | | Disconto | — | — | — | |

### Ausländische Fonds.

| | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Russ Hamb. Cert. | 5 | — | — | | Poln. neue Pfdbr. | 4 | — | 95⅙ | |
| do. b. Hope 3 4. s. | 5 | — | — | | do. Part. 500 Fl. | 4 | 81¼ | 80¾ | |
| do. do. 1. Anl. | 4 | — | — | | do. do. 300 Fl. | — | 123¼ | 122¾ | |
| do. Stiegl. 2 4 A. | 4 | — | — | | Hamb. Feuer-Cas. | 3½ | — | — | |
| do. do. 5 A. | 4 | 89 | — | | do. Staats-Pr. Anl. | — | — | — | |
| do. v. Rthsch. Lst. | 5 | 111¼ | — | | Holl. 2½ % Int. | 2½ | — | — | |
| do. Poln. Schatz O. | 4 | 80½ | — | | Kurh. Pr. O. 40 th. | — | — | — | |
| do. do. Cert. L. A. | 5 | 94½ | — | | Sard. do. 36 Fr. | — | — | — | |
| dgl. L. B. 200 Fl. | — | — | — | | N. Bad. do. 35 Fl. | — | — | 18⅜ | |
| Pol. Pfdbr. a. a. C. | 4 | 96½ | — | | | | | | |

### Eisenbahn-Actien.

| Stamm-Actien. | Zinsfuss | Reinertr. 48 | Tages-Cours. | Priorit.-Actien | Zinsfuss. | Tages-Cours. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Berl. Anh. Lit. A. B. | 4 | 4 | 89¾ bz.uB. | Berl.-Anhalt | 4 | 96 bz. |
| do. Hamburg | 4 | — | 80a¼ bz.uB | do. Hamburg | 4½ | 100 bz. |
| do. Stettin-Stargard | 4 | — | 108½ B. | do. Potsd.-Magd. | 4 | 94¾ B. |
| do. Potsd.-Magdebg. | 4 | — | 66¾a½ bz.uB. | do. do | 5 | 102½ B. |
| Magd.-Halberstadt | 4 | 7 | — | do. Stettiner | 5 | 105⅜ B. |
| do. Leipziger | 4 | 10 | — | Magdb.-Leipziger | 4 | — |
| Halle-Thüringer | 4 | 2 | 66 bz. | Halle-Thüringer | 4½ | 98⅞ bz. |
| Cöln-Minden | 3½ | — | 95½a¼ bz. | Cöln-Minden | 4½ | 101 B. |
| do. Aachen | 4 | 5 | 46 B. | Rhein. v. Staat gar. | 3½ | — |
| Bonn-Cöln | 5 | — | — | do. 1 Priorität. | 4 | — |
| Düsseld.-Elberfeld | 5 | — | — | do. Stamm-Prior. | 4 | 78½ G. |
| Steele-Vohwinkel | 4 | — | — | Düsseld.-Elberfeld | 4 | — |
| Niederschl. Märkisch. | 3½ | — | 85 bz.uG. | Niederschl.-Märkisch. | 4 | 95½ B. |
| do. Zweigbahn | 4 | — | — | do. do. | 5 | 104½ B. |
| Oberschles. Litr. A. | 3½ | 6⅛ | 106¾ B. | do. III. Serie. | 5 | 103½ B. |
| do. Litr. B. | 3½ | 6⅛ | 105 B. | do. Zweigbahn | 4½ | — |
| Cosel-Oderberg | 4 | — | — | do. do. | 5 | — |
| Breslau-Freiburg | 4 | — | — | Oberschlesische | 4 | — |
| Krakau-Oberschles. | 4 | — | 69¾ bz uB. | Cosel-Oderberg | 5 | — |
| Bergisch-Märkische | 4 | — | 44½ B. | Steele-Vohwinkel | 5 | 96½ B. |
| Stargard-Posen | 3½ | — | 84⅜a⅞ bz. uG. | Breslau-Freiburg | 4 | — |
| Brieg-Neisse | 4 | — | — | | | |
| **Quittungs-Bogen.** | | Einz. | | **Ausl. Stamm-Actien.** | | |
| Berlin-Anhalt Lit. B. | 4 | 90 | — | Dresden-Görlitz | 4 | — |
| Magdeb.-Wittenberg | 4 | 60 | — | Leipzig-Dresden | 4 | — |
| Aachen-Mastricht | 4 | 30 | — | Chemnitz-Risa | 4 | — |
| Thür. Verbind.-Bahn | 4 | 20 | — | Sächsisch-Bayerische | 4 | — |
| **Ausl. Quittgs.-Bogen.** | | | | Kiel-Altona | 4 | — |
| Ludw.-Bexbach 24 Fl. | — | — | — | Amsterdam-Rotterdam | 4 | — |
| Pesther 26 Fl. | 4 | 90 | | Mecklenburger | 4 | — |
| Fried.-Wilh.-Nordb. | 4 | 90 | 43¾ a ⅝ bz. | | | |

## Barometer- und Thermometerstand
bei C. F. Schultz & Comp.

| Januar. | Tag. | Morgens 6 Uhr. | Mittags 2 Uhr. | Abends 10 Uhr. |
|---|---|---|---|---|
| Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt. | 15 | 337,47‴ | 337,09‴ | 336,14‴ |
| Thermometer nach Réaumur. | 15 | — 9,5° | — 7,5° | — 5,6° |